

Landkreis Ravensburg

den 11. Feb. 2016

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses

am 24.11.2015 im Jobcenter, Sauterleutestr. 34, 88250 Weingarten, Sitzungssaal Raum 009

Dauer 15:00 Uhr bis 17:50 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 2 x 20 Mitglieder

Anwesend:

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

| | |
|---------------------------|--|
| Herr Eugen Abler, | SOZ |
| Herr Rolf Engler, | SOZ |
| Herr Josef Forderer, | KSA |
| Herr Rudolf Hämmerle, | KSA |
| Herr Thomas Kellenberger, | SOZ |
| Herr Clemens Moll, | SOZ |
| Herr Peter Müller, | SOZ/KSA |
| Frau Dr. Silke Rieser, | SOZ |
| Herr Robert Stütze, | KSA |
| Herr Roland Weinschenk, | SOZ - in Vertretung für KRin Haberkorn |

FWV

| | |
|---------------------|-----|
| Herr Markus Ewald, | SOZ |
| Herr Matthias Grad, | SOZ |

«sitext» vom «sidat»

| | |
|------------------------|------------------------------------|
| Herr Roland Haug, | KSA |
| Herr Hans Peter Künst, | SOZ |
| Herr Holger Lehr, | KSA |
| Herr Peter Smigoc, | KSA |
| Herr Oliver Spieß, | SOZ - in Vertretung für KR M. Lang |
| Frau Christa Stierle, | KSA |

Bündnis 90 / Die Grünen

| | |
|----------------------------------|---------|
| Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf, | SOZ/KSA |
| Frau Liv Pfluger, | SOZ |
| Herr Siegfried Spangenberg, | SOZ |
| Herr Roland Zintl, | KSA |

SPD

| | |
|---------------------|-----|
| Herr Peter Clément, | SOZ |
| Herr Gerhard Lang, | KSA |
| Frau Gisela Müller, | SOZ |

ÖDP

| | |
|---------------------------------|-----|
| Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing, | SOZ |
|---------------------------------|-----|

FDP

| | |
|-----------------------------|--|
| Herr M. A. Daniel Gallasch, | SOZ – in Vertretung für KR Prof. Dr. Steidle /KSA |
|-----------------------------|--|

Die Linke

| | |
|----------------------|-----|
| Herr Wolfgang Nippe, | SOZ |
|----------------------|-----|

Protokollführerin

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

| | |
|------------------------|---|
| Herr Ludger Baum, | Leiter Regionales Bildungsbüro, zu TOP 2 |
| Herr Andreas Ebenhoch, | Amtsleiter Amt für Kreisschulen und Bildung, zu TOP 2 |
| Frau Andrea Mueller, | Sozialamt |
| Herr Klaus Preisinger, | Amtsleiter Amt für Migration und Integration, zu TOP 2 |
| Frau Diana E. Raedler, | Dezernentin Arbeit und Soziales |
| Herr Georg Rupp, | Dezernent Haupt- und Schulverwaltung |
| Herr Markus Thiel, | Sozialamt, zu TOP 2 |
| Frau Karin Winkler, | Sozialamt, zu TOP 2 |

Gäste

| | |
|--|---|
| Herr Gerhard Krays, Herr Günther Schuster, | Geschäftsführer DRK, zu TOP 2 und 4 Schulleiter Gewerbliche Schule Ravensburg, zu TOP 2 |
| Frau Beate Zabler, | Schulleiterin Geschwister-Scholl-Schule Leutkirch, zu TOP 2 |

Abwesend:

Vorsitzende/r

| | |
|------------------------------|--------------------------------------|
| Herr Landrat Harald Sievers, | wird von Frau Meschenmoser vertreten |
|------------------------------|--------------------------------------|

CDU

| | |
|---------------------------------|--|
| Frau Josefine Haberkorn, | SOZ - wird von KR Weinschenk vertreten |
| Herr Dr. Ulrich Höflacher, | KSA |
| Herr Christian Natterer, | KSA |
| Herr Daniel Steiner, | SOZ |
| Herr Waldemar Westermayer, MdB, | KSA |

FWV

| | |
|--------------------|-----------------------------------|
| Herr Michael Lang, | SOZ - wird von KR Spieß vertreten |
|--------------------|-----------------------------------|

Bündnis 90 / Die Grünen

| | |
|-----------------------|-----|
| Frau Judith Gebhardt, | KSA |
|-----------------------|-----|

SPD

| | |
|------------------|-----|
| Herr Anton Frei, | KSA |
|------------------|-----|

ÖDP

| | |
|-------------------|-----|
| Herr Max Scharpf, | KSA |
|-------------------|-----|

FDP

| | |
|-------------------------------|--------------------------------------|
| Herr Prof. Dr. Bernd Steidle, | SOZ - wird von KR Gallasch vertreten |
|-------------------------------|--------------------------------------|

Die Linke

| | |
|------------------------|-----|
| Herr Dr. Till Bastian, | KSA |
|------------------------|-----|

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung
2. ELB/005/2015
Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen - Sachstand
3. SP/015/2015
Präventionsbericht für den Landkreis Ravensburg
4. SP/018/2015
Wohnberatung im Landkreis Ravensburg: Vorstellung der Konzeption und Finanzierung
5. SP/017/2015
Projekt KisEI - Antrag der Caritas Bodensee-Oberschwaben für die Unterstützung von Kindern substituierter Eltern
6. Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

7. SP/019/2015
Erstellung eines Kreissenorenplanes – Vorstellung der Angebote und Erteilung des Zuschlages

8. SP/016/2015
Suchthilfe GmbH - Trägerschaft für den Kontaktladen "Die Insel"

9. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Sozialausschusses und des Kultur- und Schulausschusses wurden am 18.11.2015 zu dieser Sitzung eingeladen.

Frau Meschenmoser begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Mitglieder des Kultur- und Schulausschusses zu TOP 2, und entschuldigt Herrn Landrat Sievers. Sie übernimmt die stellvertretende Sitzungsleitung und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Es werden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht.

Öffentliche Sitzung

1. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zum Protokoll der Sitzung am 09.07.2015 gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

2. Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen - Sachstand (ELB/005/2015)

Die stv. Vorsitzende führt in die Thematik ein.

Herr Thiel zeigt Fotos der Notunterbringung in der Kreissporthalle Burachhöhe Ravensburg und gibt einen Sachstandsbericht.

Herr Krayss erläutert die derzeitige Situation vor Ort und die Erfahrungen des DRK im laufenden Betrieb.

Herr Schuster teilt mit, dass die Notunterkunft in der Burachhalle im bereits begonnenen Schuljahr eingerichtet werden musste; dies sei zu einer enormen Herausforderung geworden. So habe man für die abiturrelevanten Sportklassen Alternativen organisieren müssen, was dank der Kooperation mit der Stadt Ravensburg und dem Bildungszentrum St. Konrad auch gelungen sei. Eine weitere Belastung sei der Umgang mit der rundum herrschenden Aufgeregtheit gewesen. Mittlerweile habe sich alles eingespielt und die Situation sei für die

ses Schuljahr wohl beherrschbar.

Frau Zabler berichtet über die Notunterbringung in der Geschwister-Scholl-Schule in Leutkirch. Auch hier sei der Sportunterricht für die Oberstufe abgedeckt. Sie erwähnt die hohe Belastung des Hausmeisters.

Die stv. Vorsitzende dankt allen Beteiligten für das große Engagement.

KRin Pfluger erkundigt sich nach den Erfahrungen mit dem Sicherheitsdienst.

Herr Krayss erwähnt die personellen Engpässe im Bereich Sozialarbeit bei den Sicherheitsdiensten und die teils vorhandenen Schwierigkeiten, eine gute Betreuung sicherzustellen.

KR Engler lobt das DRK und weist darauf hin, dass diese Einrichtung angesichts der weiterhin zu erwartenden Neuzugänge nicht überfordert werden dürfe.

Auch KRin Müller zollt den Beteiligten großen Respekt. Für die Kinder sei es sehr wichtig, ein gutes Angebot von Strukturen zu schaffen und den Schulbesuch zu ermöglichen. Insgesamt könne sie bei der Betreuung ein hohes Maß an Professionalität erkennen.

Herr Krayss schildert die Umsetzung der Tagesstrukturen durch die Präsenzkräfte. Für ein gelingendes Miteinander sei die Stimmung der ersten Aufenthaltstage entscheidend. Wertschätzung von beiden Seiten habe eine deeskalierende Wirkung. Die Zusammenarbeit mit der Zentralküche der Oberschwabenklinik funktioniere gut.

Die KRinnen Fiegel-Hertrampf und Müller fragen nach den Gründen für die unsicheren und oft unstimmgigen Vorgaben der Zuweisungen und nach speziellen Angeboten bzw. Räumlichkeiten für Familien mit kleinen Kindern.

Herr Thiel bestätigt, dass der Informationsfluss oft ein großes Problem darstellt. Vor Ort könne man jedoch am Registrierungs- und Zuweisungsverfahren des Landes nichts ändern.

Herr Ebenhoch informiert über die Einrichtung eines Kindergartens für Flüchtlingskinder an der Martinusschule. Am 11.11.2015 habe dort der Regelbetrieb für eine Kindergartengruppe begonnen:

- 15 Kinder
- ein Kindergartenraum und ein Mehrzweckraum

- 09:00 bis 12:30 Uhr und 14:00 bis 16:30 Uhr

Nach Aussage der Schulleiterin Frau Theiß laufe der Betrieb komplikationslos.

KR Clement gibt zu bedenken, dass in den Hallen ein Minimum an Privatsphäre gewahrt werden müsse. Die Verwaltung solle deshalb dafür sorgen, dass genügend Abtrennungen eingebaut und ausreichend Aufenthaltsbereiche zur Verfügung gestellt werden. Mit Blick auf die Anschlussunterbringung müsse alles unternommen werden, um auch für die Zukunft den erforderlichen Wohnraum zu schaffen.

KR Spangenberg bescheinigt den Schulleitern, die Herausforderungen gut bewältigt zu haben. Das liege vor allem daran, dass die Probleme mit einer überwiegend positiven Erwartungshaltung angegangen worden seien.

KR Ewald legt großen Wert auf gute Sprachkenntnisse. Diese und eine entsprechende Ausbildung würden die Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich erhöhen.

Herr Baum bezeichnet die Sprachbeherrschung als Schlüssel zur Integration. Leider gebe es noch Probleme bei der Anerkennung verschiedener Sprachkurs-Module und damit eine unterschiedliche Wertigkeit des Bildungsstandes. Diesbezüglich bestehe noch ein großer Koordinierungsbedarf (z.B. Welche Kursformen für welche Herkunftsländer?). Das Regionale Bildungsbüro werde diese Thematik mit einem entsprechenden Erhebungsbogen in Angriff nehmen.

Frau Winkler beschreibt das Zusammenspiel mit den Helferkreisen. Diese seien gut strukturiert und bestens aufgestellt. Es sei wichtig, möglichst passgenaue Angebote zu schaffen.

Herr Preisinger stellt die Kosten, die Zuweisungen und die Abrechnung mit dem Land dar.

KR Lehr vermutet, dass er in seiner Gemeinde mehr Wohnraum-Angebote bekäme, wenn er Familien aus der Burachhalle vermitteln könnte (anstelle einzelner Männer).

Herr Preisinger bedauert, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen solche Lösungen derzeit nicht zulassen.

KR Gallasch möchte wissen, ob im Landkreis Ravensburg auch Personen mit ungeklärter Identität oder nicht geprüfem Gesundheitszustand ankommen.

Herr Preisinger führt aus, dass die Zuweisungen an die Landkreise erst nach der erkennungsdienstlichen Behandlung und Gesundheitsprüfung in den Landeserstaufnahmestellen erfolgen.

KRin Müller plädiert für einheitliche Lehrmaterialien zur Sprachschulung.

Herr Preisinger legt dar, dass es nicht möglich sei, für den ehrenamtlichen Sprachunterricht eine Art verbindliche Lehrpläne zu formulieren. Allenfalls könne das Regionale Bildungsbüro geeignetes Lehrmaterial zur Verfügung stellen.

Auf Nachfrage von KR Engler geht Herr Preisinger nochmals auf die Modalitäten der Anschlussunterbringung ein.

KR Clement betont die Wichtigkeit der Wohnraum-Beschaffung.

Die KRe Forderer und P. Müller wünschen sich feste Ansprechpartner vor Ort für die Helferkreise und erinnern an den diesbezüglichen Antrag der CDU-Fraktion.

Die stv. Vorsitzende fasst den Verfahrensstand dieses Antrags zusammen:

- Eingang im Oktober 2015
- Verweis in den Verwaltungsausschuss
- CDU-Fraktion wollte die Formulierung des Antrags nochmals überdenken
- Verwaltung wartet auf Rückmeldung, ob der Antrag im Rahmen des Haushalts 2016 beraten werden soll (ggf. mit entsprechendem Deckungsvorschlag)

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Die Mitglieder des Kultur- und Schulausschusses verlassen die Sitzung.

3. Präventionsbericht für den Landkreis Ravensburg (SP/015/2015)

Frau Raedler stellt den Präventionsbericht für den Landkreis Ravensburg mit einer Power-Point-Präsentation vor.

KR Abler lobt die Darstellung der einzelnen Themenbereiche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

4. Wohnberatung im Landkreis Ravensburg: Vorstellung der Konzeption und Finanzierung (SP/018/2015)

KR Engler fällt auf, dass mittlerweile zahlreiche Themenfelder in den Verantwortungsbereich des DRK gestellt werden und sucht nach Alternativen. So könne doch die Wohnberatung auch bei den Zuhause Leben-Stellen angesiedelt werden.

KR Gallasch möchte Doppelstrukturen vermeiden und sauber abgrenzen, welche Leistungen dieses Konzepts bereits jetzt von freien Trägern erbracht werden.

Frau Raedler stellt klar, dass es keine Doppelstrukturen gibt und dass es sich auch nicht um einen Wechsel der Zuständigkeit handelt. Das Angebot der Wohnberatung sei bis 2011 vom Kreissenorenrat vorgehalten und dann eingestellt worden. Sie klärt über die Hintergründe und die Entwicklungsschritte der neuen Konzeption auf.

Herr Krayss erläutert die Kostenberechnung des Modells.

KR Prof. Dr. Dieing schildert die Kooperation zwischen dem DRK und dem Katastrophenschutz.

KRin Pfluger bezeichnet die Konzeption als sinnvolles Angebot, welches einen eindeutig vorhandenen Bedarf abdecke.

Beschlussentwurf:

1. Der als Anlage 1 beigefügten Konzeption zur Wohnberatung wird zugestimmt.
2. Der Landkreis Ravensburg beteiligt sich ab 01.01.2016 an der Finanzierung der Wohnberatung zunächst befristet auf 3 Jahre mit einem jährlichen Zuschuss i. H. v. 10.000 € vorbehaltlich der Bereitstellung dieser Mittel im Kreishaushalt.

3. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine entsprechende Vereinbarung mit dem Deutschen Roten Kreuz Ravensburg (DRK) auf der Basis der vorgestellten Eckpunkte abzuschließen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

5. Projekt KisEI - Antrag der Caritas Bodensee-Oberschwaben für die Unterstützung von Kindern substituierter Eltern (SP/017/2015)

Die stv. Vorsitzende weist darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt ausnahmsweise zwei Ausschüssen vorgelegt werde:

- Jugendhilfeausschuss wegen der fachlichen Beurteilung
- Sozialausschuss wegen der Zuschuss-Gewährung
(Mischfinanzierung: Mittel aus dem Förderprogramm des Jugendhilfe-Etats, aber auch Landesförderung, über deren Co-Finanzierungsanteil des Landkreises der Sozialausschuss entscheiden muss)

Beschlussentwurf:

Dem Antrag über die Fortsetzung des Projekts KisEI zur Unterstützung von Kindern substituierter Eltern ab dem Jahr 2016 wird entsprochen. Für die Jahre 2016 und 2017 gewährt der Landkreis daher einen Co-Finanzierungsanteil i. H. v. 8.400 € zu den Mitteln der Jugendhilfe, vorbehaltlich der Bereitstellung dieser Mittel im jeweiligen Kreishaushalt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

6. Mitteilungen und Anfragen

Antrag der Grünen-Fraktion zur Eingliederungshilfe – Einfache Sprache in Leistungsbescheiden

Frau Raedler erinnert an den Antrag der Grünen-Fraktion im Dezember 2013 zur Eingliederungshilfe. Der Antrag sei von der Verwaltung bis auf einen Punkt komplett abgearbeitet

worden:

Das Einführen einfacher Sprache bei Leistungsbescheiden an Menschen mit Behinderung, je nach Bedarf bzw. auf Wunsch des Antragsstellers auf Bescheidung in einfacher Sprache.

In diesem Zusammenhang sei eine Umfrage bei Menschen mit Behinderung organisiert worden. Von 1000 Anfragen hätten 25 % einen Bescheid in einfacher Sprache befürwortet. Allerdings hätten 60 % gar nicht geantwortet. Insofern sei das Ergebnis nicht repräsentativ. Die Verwaltung werde nun alle Bescheide mit dem Hinweis versehen, dass bei Bedarf ein zusätzlicher Bescheid in einfacher Sprache formuliert werde. Aus rechtlichen Gründen könne ein Bescheid in einfacher Sprache nur als Ergänzung zum eigentlichen Bescheid erfolgen. Nach Ablauf eines Jahres erfolge die Auswertung und danach ggf. der Umstieg auf ein standardisiertes Verfahren.

KR Engler fordert eine umfassende rechtliche Absicherung.

KR Gallasch hält es für ausreichend, wenn sich Personen, die Probleme im Verständnis der Bescheide haben, direkt an die Verwaltung wenden und um nähere Erläuterung bitten.

KRin Pfluger stellt klar, dass es den Grünen bei der Antragstellung um die Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention gegangen sei, um die Teilhabe und die Verbesserung der Chancen von Menschen mit Behinderungen – und nicht um die Schaffung von „Bürokratiemonstern“.

Ausbau der Pflegestützpunkte in Baden-Württemberg

Frau Raedler verweist auf das ausgelegte Rundschreiben des Landkreistags und teilt mit, dass die Einrichtung von Pflegestützpunkten in den Landkreisen gefördert werde, die bislang noch keine derartigen Einrichtungen haben. Erst später könne auch die Erweiterung bestehender Pflegestützpunkte gefördert werden.

Ausgelegtes Informationsmaterial

Broschüre: „Sorglos älter werden im Landkreis Ravensburg“

Alkoholprävention und Polizeipräsenz im Landkreis Ravensburg

KR Engler nimmt Bezug auf die Beratung des Alkoholpräventionsprojektes HaLT in der Sitzung des Sozialausschusses am 09.07.2015. Er habe die Vermutung angestellt, dass die zurückgehenden Aufgriffe und Krankenhauseinweisungen auch mit den geänderten Polizeistrukturen im Land zusammenhängen könnten. Daraufhin habe Herr Landrat Sievers angekündigt, in der folgenden Sitzung des Sozialausschusses die Polizei einzuladen und gezielt zu dieser Thematik zu befragen.

Frau Raedler informiert, dass dies ursprünglich auch so geplant gewesen sei. Allerdings hätte Herr Schrimpf vom Polizeipräsidium Konstanz heute lediglich ein kleines Zeitfenster gehabt. Angesichts des vordringlichen Asylthemas (TOP 2) habe die Verwaltung das Thema Polizeipräsenz dann wieder von der Tagesordnung genommen. Voraussichtlich werde das Thema in der nächsten Sitzung des Ausschusses im März 2016 behandelt.

KR Engler betont die Wichtigkeit dieser Angelegenheit. Im Falle der Verhinderung des Herrn Schrimpf im März 2016 solle die Verwaltung einen Stellvertreter zur Sitzung einladen.

Wegfall der Arbeitsgelegenheiten (AGH)

KR Engler erwähnt nochmals die Sitzung des Sozialausschusses am 09.07.2015. Unter TOP 5 habe er die Neuordnung der Beschäftigung schaffenden Maßnahmen und damit den Wegfall der AGHs bedauert. Die Verwaltung habe auf die politische Schiene verweisen. Er erkundigt sich, ob bzw. was diesbezüglich unternommen worden sei.

Frau Raedler lässt wissen, dass sie mit den Bundestagsabgeordneten im Gespräch sei.

Bestellung eines ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten

KR Engler kommt ein weiteres Mal auf die Sitzung des Sozialausschusses am 09.07.2016 zu sprechen. Unter Mitteilungen und Anfragen habe Frau Raedler die Ausschreibung des Interessenbekundungsverfahrens in den Gemeindeblättern geschildert. Er gibt zu bedenken, dass nicht alle Kommunen ein eigenes Amtsblatt vorhalten.

Frau Raedler teilt mit, dass in den Städten ohne eigenes Gemeindeblatt eine Veröffentlichung in der entsprechenden Lokalausgabe der Schwäbischen Zeitung geschaltet worden sei.

Sozialausschuss am 24.11.2015:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

7. Erstellung eines Kreissenorenplanes – Vorstellung der Angebote und Erteilung des Zuschlages (SP/019/2015)

Beschlussentwurf:

1. Der Sozialausschuss erteilt den Zuschlag für die Erstellung eines Kreissenorenplanes an das Institut **aku GmbH**.
2. Grundlage für die Erstellung des Kreissenorenplanes ist das vom Institut vorgelegte Angebot.
3. Die Verwaltung wird mit der weiteren Umsetzung beauftragt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

8. Suchthilfe GmbH - Trägerschaft für den Kontaktladen "Die Insel" (SP/016/2015)

Modifizierter Beschlussentwurf:

1. Die Mitgliedschaft des Landkreis Ravensburg als Gesellschafter der Suchthilfe GmbH wird mit Wirkung zum 31.12.2016 gekündigt.
2. **Der Sozialausschuss wird zu gegebener Zeit über eine Fortführung der Bezuschussung ab 2017 entscheiden.**

Beratungsergebnis: einstimmig modifiziert empfohlen

Z. B.

Stv. Vorsitzende

Eva-Maria Meschenmoser

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Peter Clement

Eugen Abler